

Nr. 17/11 vom 11.09.2017

European Energy Colloquium

Die Reform des EU-Emissionshandels - Was ist zu erwarten?

Brüssel. Seit die Europäische Kommission im Sommer 2015 den Legislativvorschlag zur erneuten Reform des EU-Emissionshandels vorgelegt hat, steht dieser im Mittelpunkt einer Diskussion um die Vereinbarkeit von Belangen des Umweltschutzes und denen der energieintensiven Industrien. Am 6. September d. J. hat sich das Forum für Zukunftsenergien e.V. im Rahmen des 29. „European Energy Colloquium“ inmitten der Trilogverhandlungen der Frage gewidmet, was von der Reform konkret zu erwarten ist.

Dr. Bernd Biervert, stellvertretender Kabinettschef des Vizepräsidenten der EU-Kommission Maroš Šefčovič sowie ehrenamtlicher Vorsitzender des „European Energy Colloquium“ eröffnete die Veranstaltung. Nach über zwei Jahren intensiver Diskussion sei es an der Zeit, vorhandene, geringfügige Differenzen zu überbrücken und das EU ETS wieder als weltweites Vorbild für wirtschaftsfreundlichen und effektiven Klimaschutz zu etablieren, erläuterte Peter Zapfel (Referatsleiter Europäisches Emissionshandelssystem-Politikentwicklung und Auktionen, GD Klimapolitik, Europäische Kommission) mit Blick auf den intensiven Reformprozess. Dieser drehe sich hauptsächlich um die generelle Stärkung des EU ETS, eine Strategie zur Vermeidung von Carbon Leakage und um die Ausgestaltung der Low-Carbon Fonds für einkommensschwache EU-Mitgliedstaaten. Bei der Stärkung des ETS herrsche weitgehende Konvergenz zwischen den Positionen von Rat und Europäischem Parlament. Lediglich bezüglich der Frage, wie viele Jahre die Marktstabilitätsreserve mit einer verdoppelten Zertifikatszuführungsrate aufgestockt werden soll und inwiefern diese Zertifikate ihre Gültigkeit behalten sollen, werde gestritten.

Zur Vermeidung von Carbon Leakage sei die Gratisvergabe von Zertifikaten das bewährte Erfolgsmodell, weshalb dieses auch weiter genutzt werden solle. Bezüglich der Fortschreibung der Benchmarks und der Kriterien für die Carbon Leakage Liste gebe es ebenfalls eine weitgehende Übereinstimmung zwischen beiden Institutionen. Das gemeinsame Ziel sei es ferner, die Anwendung des Korrekturfaktors zu vermeiden. Bei der Ausgestaltung der Low-Carbon Fonds existierten im Hinblick auf die Freiheitsgrade für Mitgliedstaaten noch unterschiedliche, aber überwindbare Differenzen. Insgesamt komme die Diskussion zum Ende, weshalb mit einem Abschluss der Trilogverhandlungen im Herbst d.J. gerechnet werden könne.

Nach dem Insiderbericht über die strittigen Themen innerhalb der Trilogverhandlungen referierte Axel Eggert (Generaldirektor, EUROFER) für die europäische Stahlindustrie und warnte vor einer Reform, welche die heimische Industrie im internationalen Wettbewerb nachhaltig schwäche. Der Legislativvorschlag der Europäischen Kommission bewirke dies aber, weshalb er die vom Europäischen Parlament eingebrachten Änderungsanträge bezüglich der Anrechnung des CO₂ von Abfallgasen und der Verhinderung des Korrekturfaktors bzw. dessen Aussetzung ausdrücklich befürworte. Weltweit gebe es keine Technologie zur Herstellung von Stahl, welche auch nur annähernd den ETS-Minderungspfaden von 43% bis 2030 und danach mindestens kontinuierlich 2,2% jährlich folgen könne. Um die Industrie und Investitionen nicht zu gefährden, müssten zumindest die effizientesten Anlagen eine ausreichende Menge an kostenlosen Zertifikaten und eine Erstattung der indirekten Strompreiserhöhungen erhalten. Selbst dann müssten 95% der Stahlerzeuger Zertifikate zukaufen, und die effizientesten Stahlanlagen hätten eine Unterdeckung an kostenlosen Zertifikaten von 25% zu erwarten.

Eine weitere Industriebranche wurde durch Beate Raabe (Secretary General, EUROGAS) repräsentiert. Sie erläuterte die Sicht der Gasindustrie und betonte, dass der EU-

Emissionshandel immer noch das kosteneffizienteste System sei, um Treibhausgasemissionen zu reduzieren. Andere Maßnahmen, wie eine CO₂-Steuer auf Ebene der EU oder der Mitgliedstaaten, direkte nationale Investitionsanreize oder auch sektorale Maßnahmen wie für Kapazitätsmechanismen, wiesen konkrete Schwächen in ihrer Funktion und bei ihrer Umsetzung auf. Bezüglich der Reform des EU ETS legte sie dar, dass das vorrangige Ziel eine optimale Reduktion der Emissionen und die Erfüllung der vereinbarten Ziele bis 2030 sein müsse. Sie unterstütze eine Injektionsrate von 24% in die Marktstabilitätsreserve, einen linearen Reduktionsfaktor von 2,2% und sprach sich für die Stornierung von Zertifikaten in der Marktstabilitätsreserve aus. Obwohl sie sich als konsequente Befürworterin einer ambitionierten Reform zeigte, verwies sie dennoch auf die Gefahr des Carbon Leakage. Sie befürworte die seitens der EU – Institutionen diskutierten Instrumente und stellte außerdem weitere, wie etwa steuerliche Entlastungen, zur Diskussion.

In der Podiumsdiskussion stellten sich der Abgeordnete des Europäischen Parlaments Dr. Peter Liese (EVP), Peter Zapfel, Axel Eggert und Beate Raabe den Fragen von Dr. Annette Nietfeld (Geschäftsführerin, Forum für Zukunftsenergien e.V.) und diskutierten mit dem Auditorium. Dabei betonte Dr. Liese, dass er froh über die aktuelle Debatte zur Reform des EU ETS sei, da einzelne nationale Maßnahmen nicht zielführend seien. Auch die Gefahr von Carbon Leakage müsse man ernst nehmen. Im Grundsatz unterstütze er die Vorschläge der Kommission in diesem Punkt, allerdings habe er noch Änderungswünsche bei der Ausgestaltung von Details. Planungssicherheit sei für die Industrie ein nicht zu unterschätzendes Gut. Deshalb fordere er den zügigen Abschluss der Verhandlungen. Seine Hoffnung setze er darauf, dass es mittels neuer CO₂-armer Technologien gelinge, CO₂ Emissionen kostengünstig zu reduzieren und so die Gefahr einer Deindustrialisierung Europas zu bannen.

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich bei der Siemens AG und der TenneT TSO GmbH für die Unterstützung sowie bei der Landesvertretung Rheinland-Pfalz für die Gastfreundschaft.

Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

Kontakt:

Forum für Zukunftsenergien e.V.	Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 0
Reinhardtstr. 3	Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9
10117 Berlin	www.zukunftsenergien.de